

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Donnerstag, 16. Dezember 1971



Blatt 3701

"Großmarkt Inzersdorf im Herbst 1972 fertig"

7. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 16.12. (RK) Verwaltungsgruppe XII, Wirtschaftsangelegenheiten.

Referent: Stadtrat Otto Pelzelmayer (ÖVP).

Einnahmen: 141,307.800 Schilling, Ausgaben: 571,532.600 Schilling.

Stadtrat Otto Pelzelmayer stellte an den Beginn seiner Budgetrede das Bekenntnis zu neuen Kooperationsmodellen zwischen der Administration einerseits, der Wirtschaft und den Bürgern Wiens andererseits. Achtung und Vertrauen, sagte Pelzelmayer, müßten die Grundlagen der Zusammenarbeit zum Wohle aller Beteiligten sein.

Bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr habe er als zentrale Projekte Inzersdorf und St. Marx vorgefunden. In beiden Vorhaben seien während des vergangenen Jahres maßgebliche Fortschritte erzielt worden. Für Inzersdorf sei nun die Gebührenfrage erledigt, die Verträge mit den Wirtschaftstreibenden unter Dach und Fach, die verfügbaren Räumlichkeiten so gut wie ausgebucht.

Sowohl hinsichtlich des Großmarktes als auch bezüglich St. Marx seien die städtischen Dienststellen von Anfang an so vorgegangen, daß sie ständig durch Gespräche - und teils sogar durch Meinungsbefragungen - über die Wünsche und die Willensbildung der künftigen Benützer informiert gewesen seien.

Nun könne gesagt werden, daß die Eröffnung des Großmarktes Inzersdorf spätestens Mitte September 1972 so gut wie sicher sei. Nicht ganz so weit seien die Dinge in St. Marx. Hier habe

./.

man ja nicht nur die Gebührenfrage, sondern auch die Betriebsform klären müssen. Nach verschiedenen Erwägungen sehe die Regelung nun so aus, daß in Zukunft der Vieh- und Fleischgroßmarkt dem Marktamt unterstehen werde, der Schlachthof dem Veterinäramt. Ebenso seien die Gebühren als Basis für die endgültige Anmeldung festgesetzt worden.

Die nächste Phase werde eine Einladung an die zuständigen Interessenvertretungen sein, einen Beirat zur Ausarbeitung von Maßnahmen zu beschicken, die die Erhöhung der Attraktivität von St. Marx zum Ziele haben sollen. (Im besonderen gehe es hier um die Fragen Aufbringung, Transport und Absatz.) Auf diese Weise könne mit der Inbetriebnahme des ersten Teiles von St. Marx (1. Juli 1972) bereits ein Konzept für das Fleischzentrum vorliegen.

Pelzelmayr berichtete dann über die verschiedenen "Umsiedlungsaktionen", ein bis ins letzte Detail durchgeplantes Programm, das einige Provisorien erfordere und für alle Betroffenen naturgemäß Unannehmlichkeiten mit sich bringen müsse. Pelzelmayr appellierte dabei an alle Verantwortlichen innerhalb der Gemeindeverwaltung ebenso wie an die Wirtschaftstreibenden, durch gegenseitiges Verständnis das Überwinden dieser schwierigen Phase zu erleichtern.

Der Stadtrat ging dann auf die einzelnen Abteilungen seiner Geschäftsgruppe ein. Die beiden Beschaffungsabteilungen (Baustoffbeschaffung und Beschaffungsamt) seien - insbesondere wegen des hohen Ausmaßes ihrer Bestellungen - besonders dem Druck der Preissteigerungen ausgesetzt. (Preissteigerungen bei Baustoffen im Durchschnitt zwischen vier und zehn Prozent. Beschaffungsamt: Preissteigerungen bei 67 Prozent der eingekauften Waren.)

Zum Marktamt erklärte Pelzelmayr, die besondere Sorge gelte der Erhaltung und baulichen Verbesserung der bestehenden Anlagen. Dabei erwähnte er die bevorstehende Renovierung der Markthalle in der Nußdorfer Straße, deren Erhaltung nun nicht mehr angezweifelt werde.

Auch die temporären Märkte seien ein voller Erfolg geworden: Es habe sich als richtig erwiesen, sie nicht im dichtverbauten Stadtgebiet, sondern in den Stadtrandsiedlungen zu installieren.

Ausführlich widmete sich Pelzelmayer der Tätigkeit des Veterinärarnotes. Er würdigte besonders die schwere Tätigkeit der Amtstierärzte im Dienst des Gesundheitsschutzes der Wiener. 1970 seien fast 14 Millionen Kilogramm importiertes Fleisch untersucht worden (215.000 Kilogramm wurden beanstandet und in das Herkunftsland zurückgeschickt). Im übrigen werde zu überlegen sein, mit welchen Maßnahmen ein weiterer Rückgang der Schlachtungen verhindert werden könne.

- - -

"Gesetze für den Umweltschutz"
=====

7. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 16.12. (RK) Verwaltungsgruppe XIII, Verschiedene Rechtsangelegenheiten; Forstwesen.

Referent: Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP).

Einnahmen: 6,106.600 Schilling, Ausgaben: 19,336.300 Schilling.

Wie sehr in Wien die Problematik des Umweltschutzes aus dem Stadium der Diskussion bereits in die Phase klar konturierter Rechtsnormen eingetreten ist, zeigte sich beim Bericht von Stadtrat Dr. Hannes Krasser in der Budgetdebatte. Eine ganze Reihe von Gesetzen befindet sich in verschiedenen Stufen des Entstehens.

Der Entwurf für ein Baulärmgesetz wird nach Vorliegen von Höchstwerten für bestimmte Kategorien für Baumaschinen in das Begutachtungsverfahren gehen, gleichzeitig mit einer Verordnung der Landesregierung, die die Emissionsschutzwerte enthalten wird. Die Verbesserung der Umweltbedingungen wird weiter durch den Entwurf eines Sondermüllgesetzes angestrebt, das die Beseitigung von gefährlichen Abfallstoffen zum Gegenstand hat. Bereits im Begutachtungsverfahren war der Entwurf für ein Ölfeuerungs-gesetz, das die veralteten Vorschriften der Ölfeuerungsverordnung ablösen soll.

Stadtrat Dr. Krasser berichtete auch über die Fortschritte in der Materie der Altstadtterhaltung. Der Entwurf stellt sich als Novelle zur Bauordnung für Wien dar und soll auf Grund seines Zusammenhanges mit den übrigen Bestimmungen der Bauordnung für Wien lediglich diejenigen Rechte und Verpflichtungen der Grund- und Hauseigentümer regeln, die über die Rechte und Pflichten eines Gebäudeeigentümers nach den geltenden Bestimmungen der Bauordnung hinausgehen. Für die örtliche Abgrenzung sollen durch den Entwurf Schutzzonen geschaffen werden, in denen das durch die bestehenden Gebäude geprägte örtliche Stadtbild besonders geschützt wird. An Pflichten für den Grund- und Hauseigentümer ergeben sich daher im wesentlichen: ein Abtragungsverbot, ein Veränderungsverbot und ein Erhaltungsgebot, die aber in ihrer Summe durch den Entwurf so gestaltet werden, daß die Adaptierung von Althäusern für moderne Wohnzwecke sichergestellt ist.

Krasser sprach die Hoffnung aus, daß der Entwurf spätestens zu Anfang des kommenden Jahres zur Begutachtung ausgesendet werden könne.

Zum Thema Zivilschutz erklärte Krasser, hier sei eine Klarstellung schon deshalb nötig, weil der Zivilschutz auch in die Novellierung der Bauordnung hineinrage. Man höre oft den Vorwurf, in diesem Punkt seien die anderen Bundesländer dem Land Wien in der gesetzlichen Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen weit voraus. Dem sei nicht so, erklärte Krasser. Die niederösterreichische Bauordnung beispielsweise verlange wohl bei Neubauten gewisse bauliche Maßnahmen als Voraussetzung für die Einrichtung von Schutzräumen. Nähere Vorschriften seien zwar angekündigt worden, tatsächlich aber bis heute keine Verordnungen ergangen. In Vorarlberg wieder gebe es zwar eine derartige Verordnung, sie beziehe sich aber lediglich auf Schutzräume in öffentlichen Gebäuden des Landes und der Gemeinden.

Krasser berührte dabei auch das eigentliche Problem der Zivilschutz-Anlagen, nämlich die finanzielle Seite: nach einer Aufstellung der Stadtbauamtsdirektion würden sich durch solche Einbauten die Kosten von Wohnungsneubauten zwischen 4,7 und 6,12 Prozent erhöhen. Auf seinen Antrag habe nun der Vorstand des Instituts für Stadtforschung die Durchführung einer Meinungsbefragung beschlossen, die die Bereitschaft der Bevölkerung ermitteln solle, für Überlebenschancen im Ernstfall eine solche Verteuerung in Kauf zu nehmen.

Stadtrat Dr. Krasser nahm auch auf die kürzlich erfolgte Eingliederung des Stadtforstamtes in die Verwaltungsgruppe XIII Bezug: Die Bedeutung des Waldes für die Gesundheit und die Erholung der Bevölkerung, für die Reinhaltung der Luft, den Wasserhaushalt sei eminent. Der massierte Ausflugsverkehr führe allerdings zu immer größerer Verschmutzung, in manchen Fällen sogar zu hohen Kosten an Steuergeldern: Dann nämlich, wenn die Abfälle (Kühlschränke, Autoreifen, Mauerschutt, etc.) jener Leute abzutransportieren seien, die den Wienerwald mit einem Abfallplatz verwechseln. Es müßten Wege gefunden werden, diesen Umweltverschmutzern das Handwerk zu legen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 20. bis 26. Dezember 1971
=====

Wien, 16.12. (RK)

Montag, 20. Dezember:

- 11.00 Uhr, Konzerthaus - Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: 3. Orchesterkonzert für Schüler der 2. Klassen. Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent: Peter Lacovich; Solistin: Rosario Marciano (Klavier), Sprecher: Peter Knicza, W. A. Mozart: Oeverture zu "Titus", B. Britten: "Führer durch das Orchester für junge Leute", op. 34, F. Liszt: Fantasi- über ungarische Volksmelodien für Klavier und Orchester, J. Strauß (Sohn): "Perpetuum mobile", musikalischer Scherz, op. 257.
- 20.00 Uhr, Kirche Maria am Gestade, Internationale Gesellschaft für Alte Musik: 2. Konzert im Zyklus A - "Musik an historischen Stätten": Wiener Motettenchor und das Ensemble Musica antiqua; Leitung: Bernhard Klebel, Weihnachtskonzert: "In dulci júbilo"
- 15.30 Uhr, Konzerthaus - Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart-Sängerknaben, Leitung: Erich Schwarzbauer, Chöre von C.Ph.E. Bach, Mozart, Distler und Pepping; Volkslieder aus Europa; Schubert: Szenische Auf-führung des Singspiels "Die Zwillingsbrüder"

Dienstag, 21. Dezember:

- 11.00 Uhr, Konzerthaus - Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend, 4. Konzert für Schüler der 2. Klassen (Programm siehe 20. Dezember)
- 20.00 Uhr, Kirche Maria am Gestade, Internationale Gesellschaft für Alte Musik: 2. Konzert im Zyklus B - "Musik an historischen Stätten": Wiener Motettenchor und das Ensemble Musica antiqua, Leitung: Bernhard Klebel, Weihnachtskonzert: "In dulci júbilo"

Mittwoch, 22. Dezember:

- 19.30 Uhr, Musikverein - Großer Saal, Weihnachtskonzert der Österreichischen Frauenbewegung: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent: Karl Etti, (Zador, Sibelius, Weber, Rossini, Dvorak, Leoncavallo, Puccini, Mascagni u. a.)

Freitag, 24. Dezember:

- 23.15 Uhr, Pfarrkirche, Ober St. Veit, Wiener Madrigalchor: Kirchenkonzert (Weihnachtliche Bläsermusik und Weihnachtslieder).

Wiener Landtag

=====

Wien, 16.12. (RK) Der Wiener Landtag trat Donnerstag früh unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Wilhelm Stemmer zusammen. Der Präsident schlug vor, den Gesetzentwurf über die Einführung eines Kulturschillings von der Tagesordnung abzusetzen, da gleichzeitig mit diesem Gesetz auch die Bestimmungen über die Förderungsmaßnahmen, die damit finanziert werden sollen, vorgelegt werden sollten. Dabei sind jedoch noch einige Detailfragen zu klären.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ wurde das Gesetz über die Einführung eines Kulturschillings von der Tagesordnung abgesetzt.

Novelle zur Besoldungsordnung

Landeshauptmannstellvertreter Bock (SPÖ) legte eine Novelle zur Besoldungsordnung vor, mit der einige Zulagen gesetzlich verankert werden. Das gilt unter anderem für die Verwendungszulage, mit der quantitative oder qualitative Mehrleistungen abgegolten werden, für sprachpädagogisch eingesetzte Kindergärtnerinnen und für die pauschalierten Fahrtkostenzuschüsse. Außerdem werden in Anpassung an die Bundesbestimmungen einige Dienstzulagen für Lehrer erhöht.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

50 Jahre Land Wien

Landtagspräsident Dr. Stemmer gedachte des 29. Dezember 1921, an dem durch die gleichlautenden Beschlüsse der Landtage von Wien und Niederösterreich die Trennung der beiden Bundesländer vollzogen wurde und führte dabei unter anderem aus:

"Das Bundesland Niederösterreich, einschließlich Wien, hatte mit 3,344.000 Einwohnern 52,25 Prozent aller Einwohner Österreichs. Davon entfielen auf Wien 1,870.000 Einwohner, das waren 55,9 Prozent, und auf das übrige Niederösterreich 1,473.000. Der Bundesrat beispielsweise hätte das damalige Niederösterreich gegenüber

./.

allen übrigen Bundesländern ein Übergewicht gehabt, und im niederösterreichischen Landtag hätte Wien mit seinen 55,9 Prozent gegenüber dem soziologisch völlig anders strukturierten Land ein Übergewicht gehabt, ohne indessen die seiner Größe und Bedeutung entsprechende Finanzhoheit zu besitzen. Mit seinen 55,9 Prozent Einwohnern brachte Wien 80 Prozent der Steuern von Niederösterreich auf. Die politische Struktur in den beiden Teilen Niederösterreichs war ebenfalls eine sehr unterschiedliche.

Die am 29. Dezember 1921 verabschiedeten Trennungsgesetze bestimmten die rechtlichen, finanziellen und personellen Modalitäten der Trennung. Berichterstatter Landtagspräsident Dr. Danneberg begründete das Trennungsgesetz ausführlich. Die Redner der Opposition brachten ihre Befürchtungen zum Ausdruck, schlossen aber, wie etwa Abg. Kunschak, mit den Worten: "Wir geizen nicht nach dem Pahn, Recht zu haben, sondern wünschen von ganzem Herzen, daß uns die geschichtliche und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Wien und des Landes Niederösterreich in unseren Befürchtungen Unrecht geben möge, daß die Entwicklung einen solchen Gang nähme, der die Trennung in späteren Jahren rechtfertige." Die Entwicklung der beiden Länder in diesen fünfzig Jahren hat die Beschlüsse von 1920 und 1921 in jeder Weise gerechtfertigt. So war der 1. Jänner 1922, an dem diese Gesetze in Kraft getreten sind, ein Markstein in der Geschichte der beiden Länder. Dr. Danneberg schloß sein Referat damals mit folgenden Worten: "Mit Niederösterreich in guter Freundschaft zu stehen, mit Niederösterreich die wirtschaftlichen Zusammenhänge aufrecht zu erhalten, ist ein Interesse Niederösterreichs ebenso wie ein Interesse Wiens." Gerade die Entwicklung der letzten Zeit mit ihren über die Landesgrenzen hinausreichenden Verflechtungen haben diese Notwendigkeit erneut unterstrichen.

Präsident Dr. Stemmer schloß mit nachbarlichen Grüßen an den niederösterreichischen Landtag, die er auch in Telegrammen an den Landeshauptmann und den Landtagspräsidenten von Niederösterreich zum Ausdruck brachte.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Wirtschaftsdebatte

=====

Wien, 16.12. (RK) Als erster Redner erklärte GR. Doktor Tuma (DFP), die Marktpolitik der Stadtverwaltung sei im Grundsätzlichen richtig. Durch Schaffung entsprechender Konkurrenzverhältnisse werde auf den Märkten Wiens auch das Interesse der Konsumenten ausreichend berücksichtigt. Besonders zu begrüßen seien die Einkaufsmöglichkeiten bei den temporären Märkten, und das nicht nur in örtlicher Hinsicht (also in ihrer Situierung in den unterversorgten Stadtrandsiedlungen), sondern auch und ganz besonders mit Bezug auf die zeitlichen Einkaufsmöglichkeiten.

Der Pflege des Marktes als Herzstück städtischen Lebens überhaupt komme hohe Bedeutung zu, und es sei vielleicht symbolisch für das musische Wesen dieser Stadt, daß gerade der Blumenmarkt als erstes Teilstück des Großmarktes Inzersdorf fertiggestellt worden sei.

Dennoch - und zwar hauptsächlich wegen grundsätzlicher Einwände gegen den Aufbau des Wiener Gemeindebudgets insgesamt - könne die DFP den Ansätzen des XII. Hauptstückes nicht zustimmen.

GR. Krenn (FPÖ) verwies auf den steigenden Abgang bei den Märkten, Schlachthöfen und im Veterinärwesen. Es sei bekannt, daß der überstürzte Baubeginn des Fleischgroßmarktes darauf zurückzuführen war, daß der Platz dringend für ein amerikanisches Großhotel- und Großgaragenprojekt gebraucht wurde. Die Verlegung sollte nach St. Marx erfolgen. Leider wurden jedoch die Termine nicht eingehalten und immer wieder neue genannt. Dieser überstürzte Bau, Fehlplanungen, das ständige Verschieben der Fertigstellungstermine führte zu entsprechend hohen Kosten. Der Betrieb in St. Marx mußte inzwischen auf engsten Raum zusammengedrängt werden. Während die Schlachthöfe rund um Wien die Bedingungen für Einsender und Kunden laufend verbessern, werden die Bedingungen in Wien bis zur Übersiedlung immer schlechter. Die

./.

Schlachtungen gingen daher innerhalb der letzten Jahre auch bedeutend zurück. So sank sie zum Beispiel bei den Schweinen von 566.108 Stück auf 275.150. Die Schlachtungen bei Kälbern und Schafen sind kaum mehr erwähnenswert. Dazu kommt, daß in Wien ein Rückgang der Fleischhauerbetriebe und auch ein Rückgang der Marktanteile zu verzeichnen ist. Es erhebt sich also die Frage, ob St. Marx wieder so attraktiv gestaltet werden kann, daß sich nach Fertigstellung wieder entsprechend Einsender und Käufer einfinden und die hohen aufgewendeten Beträge gerechtfertigt sind.

Fischgroßmarkt: Hier wurde den Fischgroßhändlern nach Sperre des Donaukanals ein Grundstück in der oberen Lobau zur Verfügung gestellt. Sie haben sich jedoch inzwischen selbst geholfen und eigene Anlagen errichtet, da das zur Verfügung gestellte Areal ihrer Ansicht nach eine Art Urwaldgrundstück sei und Millionenbeträge hätten investiert werden müssen. Der Zentralfischmarkt im Donaukanal gehört also der Vergangenheit an und es werden für den Donaukanal nur mehr Fischerkarten ausgegeben.

Den Ansätzen könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Gockner (ÖVP) beschäftigte sich in seinen Ausführungen ausführlich mit der Institution der temporären Märkte wobei er betonte, daß dieser ein voller Erfolg geworden seien. Sie in den Stadtrandsiedlungen zu installieren, habe sich als richtig erwiesen, denn der Konsument sollte möglichst in Wohnnähe für den täglichen Bedarf versorgt werden.

Auf das Projekt der Neuerrichtung des Detailmarktes am ~~M~~schmarkt zu sprechen kommend, forderte er, daß dieser im Interesse der Konsumenten aber auch der Wirtschaftstreibenden wieder an seinem alten Platz entstehen sollte.

Abschließend unterstrich er die Bedeutung der Tätigkeit der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien für die Wiener Bevölkerung. So wurden im vergangenen Jahr mehr als 15.000 Untersuchungen durchgeführt und damit Wesentliches zum Schutz des Konsumenten geleistet.

GR. Paulas (SPÖ) lobt zunächst die Arbeit der Abteilung für die Baustoffbeschaffung und beschäftigt sich sodann mit dem neuen Fleischzentrum St. Marx: Dieses neue Zentrum bewirke erhebliche Veränderungen, denen die Unternehmen natürlich Rechnung tragen müßten. Die Konkurrenz einiger Schlachthausanlagen im Umland von Wien habe in den letzten Jahren zu einem spürbaren Rückgang der Schlachtungen in Wien und damit zu einem finanziellen Verlust geführt: Während 1966 noch rund 67.000 Rinder in Wien geschlachtet worden seien, seien es in den ersten zehn Monaten dieses Jahres lediglich 28.000 Stück gewesen. Bei den Schweinen sei eine Abnahme von 515.000 auf 207.000 eingetreten. Im gleichen Zeitraum sei die Zufuhr, also die Direktlieferung von schon außerhalb Wiens geschlachteten Schweinen von 62.000 auf 108.000 gestiegen. Man wisse allerdings, daß die Qualität des Fleisches der in Wien geschlachteten Tiere jedenfalls die beste sei. Der Neubau des Fleischzentrums St. Marx garantiere weiterhin die Belieferung mit einwandfreiem Fleisch und sei damit auch ein Beitrag für den Umweltschutz. Der Großgrünmarkt, der bekanntlich im kommenden Jahr fertiggestellt werde, sei seiner Meinung nach ein Beweis für die große Förderung, die die Stadtverwaltung dem Gewerbe angedeihen lasse. Abschließend regte der Redner an, daß künftig die Verkaufsstellen der Wiener Gemüseproduzenten ebenfalls beim Großmarkt in Inzersdorf situiert sein sollten, um das Gemüse möglichst frisch zur Vermarktung bringen und damit auch Kosten sparen zu können.

Um Verständnis für die Wiener Landwirtschaft warb GR. Jedletzberger (ÖVP). Von 42.000 Hektar Stadtfläche sind 57 Prozent landwirtschaftlich genutzt, 17 Prozent forstwirtschaftlich - und nur 25 Prozent sind Bauland oder anders genutzt. Die landwirtschaftlichen Grünflächen sind zugleich ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz.

GR. Jedletzberger würdigte, daß in Inzersdorf einer der modernsten Großmärkte Europas entsteht, der auch verkehrsmäßig günstig gelegen hat. Der bereits eröffnete Blumengroßmarkt hat sich sehr bewährt und ist voll ausgelastet.

Gegenüber dem alten Phorusmarkt hat sich der Umsatz verdreifacht, eine Vergrößerung des Marktes, für die eine Möglichkeit gesichert wurde, wird bereits überlegt. Auf dem Gemüsegroßmarkt wird auch die Gemüsegenossenschaft, die 70 Prozent des Wiener Gemüsebedarfs deckt, vertreten sein. Aber der kürzeste Weg vom Produzenten zum Konsumenten verläuft über die Sammelstellen, wo ganztägig angeliefert und vor allem von der Konsumgenossenschaft und den Kettenläden auch ganztägig bezogen werden kann.

Die Marktbeschickung mit Obst und Gemüse war heuer ruhig und gleichmäßig. Die Anlieferungen und Preise bei Obst waren ungefähr gleich wie im Vorjahr. Beim Frischgemüse gab es infolge der Trockenheit etwas geringere Anlieferungen und leichte Preissteigerungen. Importwünsche, die deshalb geäußert wurden, lehnte auch die Arbeiterkammer ab, weil die Auslandsware wesentlich teurer als die Inlandsware war. Die Verkaufspolitik der Oststaaten hat sich seit einem Jahr völlig gewandelt, es gibt keine Schleuderpreise mehr, sondern es wird kaufmännisch gedacht.

Der Wiener Gartenbau verlegt seine Produktion immer mehr in die sogenannte vitaminarme Zeit. Die Glashausfläche nahm heuer um weitere vier Hektar auf rund eine Million Quadratmeter zu. Die Wiener Gemüseproduzenten decken 70 Prozent des Wiener Gemüsebedarfs, auf sie entfällt 60 Prozent der österreichischen Gesamt-erzeugung von Frischgemüse.

Große Sorgen bereitet die Teuerungswelle, vor allem bei Heizöl, das rund ein Drittel der Produktionskosten ausmacht, aber auch bei landwirtschaftlichen Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln.

Die Landwirtschaft hat Verständnis für die Umsiedlungen, die aus städtebaulichen Gründen notwendig sind - und sie fand auch bei der Stadtverwaltung Verständnis für ihre damit verbundenen Bedürfnisse. Die Umsiedlungen konnten deshalb einvernehmlich durchgeführt werden. Die 61 Parzellen des Siedlungsprojektes Eßling sind bereits vergeben, wichtige Betriebe konnten dadurch Wien erhalten werden. Ein ungelöstes Problem ist es, daß ein Großteil der Betriebe auf städtischem Pachtgrund liegt, oft seit Generationen, wobei die Pachtverträge nicht befristet sind. Die Stadt hat noch nie von ihrem Recht der vierteljährlichen Kündigung Gebrauch gemacht, aber es ist trotzdem ein Unsicherheitsfaktor gegeben.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) verwies auf die Notwendigkeit der Konsument^{er}information. Für die Hausfrau sei es nicht so einfach, bei dem großen Warenangebot und der enormen Reklame das Richtige zu finden und preisgünstig einzukaufen. Die Sozialisten haben daher der Konsumenteninformation immer größtes Augenmerk zugewendet. Nun hat sich auch die Bundesregierung aktiv durch die Konstituierung eines Konsumentenbeirates und die Ausarbeitung eines Entwurfes für ein neues Lebensmittelgesetz eingeschaltet. Der Schutz des Konsumenten müßte unser aller Anliegen sein.

Zu wenig informiert sei die Bevölkerung leider darüber, daß die Marktämter in den Bezirken jederzeit für Auskünfte zur Verfügung stehen. Zum Schutz der Konsumenten verlangte die Rednerin die Waren-Auszeichnungspflicht bezüglich Güteklasse, Qualitätsbezeichnung und natürlich Preis. Im neuen Lebensmittelgesetz müßte diese verankert werden.

Neben den Großprojekten Inzersdorf und St. Marx dürften jedoch auch die Detailmärkte nicht vergessen werden. Hier müßten mehr Mittel für die Verbesserung der technischen und hygienischen Einrichtungen bereitgestellt werden. Der Detailmarkt des Naschmarktes sollte nicht bis an die Secession herangeführt werden, sondern nur bis zur Höhe des Theaters an der Wien. Leider liegen bisher keine diesbezüglichen Pläne vor. Daß die Nußdorfer Halle bestehen bleibt und instandgesetzt wird, sei erfreulich, ebenso die Schaffung von zwei temporären Märkten. Die Rednerin kritisiert in diesem Zusammenhang ein Flugblatt der ÖVP, das bei der Eröffnung des temporären Marktes in der Hansson-Siedlung verteilt wurde und das den Markt als Erfüllung eines ÖVP-Wahlversprechens bezeichnete.

Eine noch junge, aber besonders wertvolle Einrichtung zum Schutz des Konsumenten sei die Lebensmitteluntersuchungsanstalt, die bereits im ersten Jahr ihrer Tätigkeit eine beachtliche Arbeitsleistung erbrachte. Auch die Möglichkeiten der marktamtlichen Revision müßten voll ausgeschöpft werden.

Der Forstverwaltung, die aus dem Bereich dieser Geschäftsgruppe herausgenommen wurde, dankt die Rednerin für ihre hervorragenden Leistungen und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg .

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Pelzelmayer, selbstverständlich werde er sich bemühen, im nächsten Jahr mehr Mittel als bisher von der Finanzverwaltung für die Sanierung der Märkte zu erhalten - ungeachtet der Tatsache, daß das Marktamt ohnehin alles tue, um mit den vorhandenen Beträgen ein Höchstmaß an Wirkung zu erzielen.

Zu der Probenbeanstandung bei den Lebensmitteln erklärte Pelzelmayer, tatsächlich sei dieser Prozentsatz sehr hoch, verzerre aber ein wenig die Richtigkeit des Bildes: Keineswegs handle es sich in allen Fällen um festgestellte Gesundheitsschädlichkeit, sondern vielfach nur um Deklarationsfehler. Die tatsächlichen Übeltäter müßten natürlich bestraft werden, man solle aber nicht übersehen, daß es sich dabei nur um ein paar Außenseiter handle.

Schließlich nahm der Stadtrat auch zum Problem Fischmarkt Stellung. Er erklärte, gewisse Pressemeldungen der letzten Tage seien in der Behauptung unrichtig, die Stadtverwaltung habe die Wirtschaftstreibenden im Stich gelassen. In Wirklichkeit sei im Sinne der seinerzeitigen Erklärungen und in enger Zusammenarbeit mit Stadtrat Dkfm. Hintschig sehr wohl ein neuer Standort für den Fischmarkt gefunden und den Händlern angeboten worden. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch habe sich weder bei Stadtrat Hintschig noch bei ihm selbst jemand von der Seite der Händler gemeldet, um in nähere Verhandlungen einzutreten.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Australischer Stadtrat aus Sydney im Rathaus
=====

Wien, 16.12. (RK) Leo Port, Stadtrat aus Sydney (Australien), zur Zeit auf einer ausgedehnten Informationsreise durch Europa, hält sich gegenwärtig zu einem viertägigen Besuch in Wien auf. Sinn und Zweck seines Wien-Aufenthaltes ist es, hier verschiedene kommunale Einrichtungen - besonders der Stadtplanung und des Verkehrs - zu studieren. Stadtrat Port, unter anderem führendes Mitglied des Institutes für Elektrotechnik und Elektronik in New York, vertritt seine Heimatstadt in der staatlichen Planungskommission von New South Wales und hat auch an einem Generalkonzept für die Stadt Sydney mitgearbeitet.

Donnerstag stattete er dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo er Gelegenheit hatte, ein informatives Gespräch mit den Stadträten Ing. Fritz Hofmann und Franz Nekula zu führen. Im Anschluß daran war der australische Kommunalpolitiker Gast von Bürgermeister Felix Slavik. Den Abschluß des offiziellen Programmes bildete eine Rundfahrt durch das Neue Wien.

- - -

Förderungszuschüsse im Kulturausschuß
=====

Wien, 16.12. (RK) In seiner Sitzung am Dienstag genehmigte der Kulturausschuß des Gemeinderates für eine ganze Reihe kultureller Institutionen Förderungszuschüsse in der Höhe von insgesamt 140.000 Schilling. Unter den Empfängern befinden sich unter anderem das Institut für Wissenschaft und Kunst, die Österreichische Gesellschaft für Literatur, die Gesellschaft österreichischer Kinderdörfer, die Josef Weinheber-Gesellschaft und die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik.

- - -

Landessanitätsrat:Grippewelle klingt ab?
=====

Wien, 16.12. (RK) In der Sitzung des Landessanitätsrates unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Breitenecker wurde am Donnerstag vormittag im Wiener Rathaus sechs Tagesordnungspunkte, darunter drei Besetzungsfragen, besprochen. Überdies beschäftigte sich der Landessanitätsrat nach einem ausführlichen Referat des Landessanitätsdirektors Dr. Krassnigg über die Grippesituation in Wien mit dem für die Feiertage zu treffenden Maßnahmen.

Für die freie Vorstandsstelle für die Medizinische Abteilung (Rheuma) im Krankenhaus Lainz wurden Dr. Czitober, Dr. Eberl und Dozent Dr. Pietschmann vorgeschlagen; für die Vorstandsstelle an der Kardiologischen Abteilung im Krankenhaus Lainz wurden Dr. Enekel, Dr. Karobath und Dozent Dr. Griehuber vorgeschlagen; die Apotheker-Leiterstelle der Apotheke II im AKH soll an Frau Oberpharmazierat Dr. Eberl vergeben werden.

Dr. Krassnigg berichtete, daß am Wochenanfang (Montag, Dienstag) ein starkes Steigen an grippösen Erkrankungen, seit Mittwoch ein noch nicht gesichertes Abklingen zu beobachten ist. Für die laufende Woche müsse mit einer täglichen Neuerkrankungsquote von 4.000 bis 5.000 Personen (in der Vorwoche rund 3.000), darunter ein Drittel Virusgrippekranker gerechnet werden. In den Schulen registriert man im allgemeinen die noch als normal zu bezeichnende Erkrankungsrate von sechs bis sieben Prozent aller Wiener Schulkinder, doch gibt es Schulen, in denen bis zu zehn Prozent fehlen. Der Landessanitätsdirektor erklärte, daß es in den Spitälern derzeit keinen Bettenengpaß gäbe. Man vereinbarte, daß durch das Gesundheitsamt weitere Erhebungen über die Grippesituation mit dem Ziel angestellt werden müssen, ob verstärkter Einsatz des ärztlichen Notdienstes zu den Feiertagen erforderlich wird oder nicht.

Vor Beginn der Sitzung des Landessanitätsrates überbrachte Gesundheitsstadtrat Dr. Glück eine Glückwunschartikel von Landeshauptmann Slavik. Er dankte den Mitgliedern des Landessanitätsrates für die gedeihliche Zusammenarbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Klima auch im kommenden Jahr erhalten bleibe. Für den Landessanitätsrat erwiderte Prof. Dr. Breitenecker die Glückwünsche an den Landeshauptmann namens aller Mitglieder.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Debatte Rechtsangelegenheiten

=====

Wien, 16.12. (RK) Als erster Debattenredner beschäftigte sich GR. Dr. Tuma (DFP) mit den durch den Stadtrat in Aussicht gestellten Gesetzesvorlagen, deren Realisierung er bezweifelte. Dies gelte sowohl für den Baulärmgesetzentwurf ("Die technische Wirklichkeit läuft den gesetzlichen Bemühungen davon"), als auch für das Altstadterhaltungsgesetz. Hier beklagte er besonders die mangelnde Koordination zuständiger Stellen. Als einzigen "Sonnenstrahl" in der gesetzgebenden Körperschaft der Stadt Wien bezeichnete er das in Ausarbeitung befindliche Parkometergesetz. Mit den bisherigen Maßnahmen dafür wurde ein neuer, vielversprechender Weg beschritten.

Bezüglich der Verbesserung der Sicherheit: hier sollte auch seitens der Stadtverwaltung mitgearbeitet werden. Positiv seien die bisherigen Bemühungen im Hinblick auf neue Möglichkeiten der Lenkerprüfung, doch sollte deren Reform noch weiter vorangetrieben werden.

Bezüglich des Umweltschutzes forderte er eine Verstärkung der Bemühungen um den Naturschutz und in diesem Zusammenhang dessen Eingliederung in die Forstdirektion.

Zum Thema Zivilschutz meinte Dr. Tuma, daß in dieser lebenswichtigen Angelegenheit in Wien nur sehr wenig geschehe und die Bevölkerung über die Problematik viel zu wenig aufgeklärt werde. Ebenso kritisierte er den Umstand, daß die dafür vorgesehenen Budgetmittel von Jahr zu Jahr unverändert bleiben.

Auch GR. Klement (FPÖ) beschäftigte sich mit den Fragen des Zivilschutzes. Es handle sich dabei um den weitaus schwächsten Punkt im Budget der Geschäftsgruppe. Er beehrte vom Stadtrat Aufklärung, was mit den Geldern bisher geschehen sei. Seiner Meinung nach handle es sich ohnehin nur um eine reine Alibimaßnahme. Niederösterreich wende beispielsweise 1,5 Millionen Schilling auf. Wenngleich der Bund für die Fragen des Zivilschutzes zuständig sei, könnte die Gemeinde doch wichtige Ergänzungen vornehmen. So seien unter anderem auch in den Bauordnungen der Länder Niederösterreich, Vorarlberg und Steiermark bereits Bestimmungen über Schutzräume enthalten.

Die Verzögerung der nötigen Maßnahmen zur Altstadterhaltung warf GR. Dr. Macher (ÖVP) der Stadtverwaltung vor. Schon 1961 waren im Rainerschen Planungskonzept Schutzzonen genannt, laut Verwaltungsbericht 1970 seien sie in zweiter Fassung festgelegt - aber man kann noch immer nichts darüber erfahren. Vielleicht werden sie im kommenden Jahr tatsächlich bestimmt - aber was da bestimmt werden soll, ist undiskutiert und vielleicht auch undiskutabel.

Der Paragraph 7 des Mietengesetzes, der die Instandhaltung auf das unbedingt Notwendige beschränkt, wirkt wie eine Maschine, die automatisch vernichtet, was programmatisch zu erhalten angestrebt wird. Die eine Abteilung, die Renovierungsanträge beurteilt, muß entsprechend der Gesetzeslage demolieren lassen, was die andere Abteilung, des Kulturamt, zu erhalten bemüht ist. Alt-Dornbach ist ein Beispiel dafür, wo die Wünsche des Kulturamtes nicht berücksichtigt werden konnten. Wien verzichtet auch auf die Möglichkeit, Wohnbauförderungsmittel für die Altstadterhaltung einzusetzen, weil dazu ein entsprechendes Landesgesetz nötig wäre.

In den Schutzzonen könnten die Errichtung von Bürogebäuden und die Umwandlung von Wohnungen in Büros untersagt oder beschränkt werden. Damit würde die Revitalisierung der Altstadtbereiche gesichert und der Verkehr entlastet werden. Auch der Bodenwucher - der durch die Umwandlung der City in ein Bürobaugbiet geradezu gezüchtet wird - würde gestoppt werden.

Sicher entstehen aus der Altstadterhaltung Mehrkosten. Man müßte jedoch einmal ausrechnen, was man sich bei den Folgeeinrichtungen der Stadtrandverbauung ersparen könnte, wenn man die Altstadt revitalisiert.

Die Schaffung zweier wichtiger landwirtschaftlicher Gesetze würdigte GR. Jedletzberger (ÖVP) als existentielle Grundlage für das Weiterbestehen der Wiener Landwirtschaft. Immerhin gebe es ja in Wien noch 2.500 landwirtschaftliche Betriebe, rund 12.000 Menschen seien in der Wiener Landwirtschaft beschäftigt. Jedletzberger bezog sich damit auf das Agrarbehördengesetz und das landwirtschaftliche Siedlungsgesetz. (Das letztere Gesetz befreit den - etwa aus städtebaulichen Gründen abgesiedelten - Landwirt von der Entrichtung der Grunderwerbssteuer beim Kauf neuer landwirtschaftlicher Flächen.)

Jedletzberger kündigte dann an, daß sich die Wiener Landwirtschaftskammer demnächst in einer Vollversammlung mit einer Novellierung des Landwirtschaftskammer-Gesetzes befassen werde. Für die weitere Behandlung dieses Entwurfes ersuchte der Redner um wohlwollende Behandlung durch die Stadt Wien.

GR. Lausecker (SPÖ) erklärte, daß gerade in dieser Geschäftsgruppe festgestellt werden könnte, wie untypisch die Ansätze für die Bedeutung sein können. Es sei ein Sachgebiet, das nicht nach spektakulären Zahlen zu beurteilen sei und dessen Leistungen sinnvoller Ausdruck eines geordneten Gemeinwesens seien, das dem Menschen Rechnung trägt.

Die Einverleibung des Forstwesens in die Gruppe 13 sei eine sinnvolle Ergänzung des Geschäftsbereiches, trägt doch diese Abteilung mit ihren Leistungen bedeutend zum Umweltschutz, der Luft- und Gewässerreinigung und der Erhaltung des Wald- und Wiesenbestandes bei. Auf Bundesebene seien Gesetze in Ausarbeitung, die auch das Forstwesen in bedeutungsvoller Weise berühren. Die Forstrechtsbereinigungsnovelle verbessere sinnvoll die Ausbildung der Förster, die bis zur Hochschulreife führen kann. Geachtet müßte jedoch darauf werden, daß die Bestimmungen über die sogenannte Bestellungspflicht von Forstbediensteten nicht gelockert werden. Wenn Waldbesitzer nicht im bisherigen Umfang verpflichtet wären, Forstorgane anzustellen, wäre das für die Länder von großer Bedeutung. Bisher habe das bestellte Forstorgan gegenüber der Behörde die Verantwortung getragen, dann würde jedoch der gesamte Forstaufsichtsbereich Landessache sein, also eine nicht unbedeutende Kostenverlagerung mit sich bringen.

Die Aktion "sauberer Wienerwald" wird hoffentlich auch in der Zukunft weitergeführt werden und sollte entsprechende finanzielle Förderung erfahren.

In der Frage der Grünflächenverbauung müsse die rigoroseste Handhabung der bestehenden Rechtsvorschriften erwartet werden. Auf dem Sektor des Umweltschutzes müßte alles getan werden, um das Leben und die Gesundheit der Menschen dieser Stadt zu gewährleisten.

Die Schaffung einer neuen Bauordnung wird in engem Zusammenhang mit den kommenden Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzen stehen und auch den Landeskompetenzen Rechnung tragen müssen.

Gewerbeordnung: Hieñ sei zu hoffen, daß die von Minister Staribacher eingeleiteten Reformmaßnahmen gute Fortschritte machen.

Fußgängerzonen: Es müßten rasch Überlegungen angestellt werden, welche rechtlichen Konsequenzen sich daraus ableiten lassen, u. a. auch die Frage des Garagengesetzes. Dringend notwendig wäre das rasche Zustandekommen eines Wiener Baulärmgesetzes.

Die Magistratsabteilung 61 konnte den Behördenlauf bei der Verleihung der Staatsbürgerschaften bedeutend verkürzen und eine wertvolle Verbesserung der Beurkundungstechnik einführen.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Dr. Krasser unter anderem auf die Feststellung ein, daß für den Zivilschutz in Wien zu wenig geschehe. Er stellte dazu fest, daß die Situation in Wien eine wesentlich bessere sei als in anderen Bundesländern (gut ausgebildetes Personal der Feuerwehr der Stadt Wien). Zum Vorwurf des zu geringen Budgetansatzes für den Zivilschutz (200.000 Schilling): dies sei selbstverständlich nur ein Teilbetrag der insgesamt zur Verfügung stehenden Zuwendungen. Bezüglich der in anderen Bundesländern bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen zum Bau von Schutzräumen, meinte der Stadtrat, daß man auch in Wien eine diesbezügliche Regelung anstreben werde. In dieser Angelegenheit regte er eine Meinungsbefragung der Wiener Bevölkerung an.

Bei der Schaffung einer neuen Bauordnung werde man auch die Möglichkeiten einer Schutzraumordnung berücksichtigen.

Zur Anregung einer Novellierung des Wiener Landwirtschaftsgesetzes versprach Dr. Krasser eine Überprüfung, ebenso gab er auch die Zusicherung, daß die Aktion "Sauberer Wienerwald" fortgesetzt werden wird. Was das Baulärmgesetz betrifft, so ist es in seinem ganzen Umfang bereits fertiggestellt worden.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Wiener Budget von SPÖ und ÖVP beschlossen

Im Anschluß an die Behandlung der Geschäftsgruppe XIII brachte der Vorsitzende, GR. Hans Leinkauf, den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1972 in seiner Gesamtheit zur Abstimmung. Nach siebentägiger Debatte wurde um 14.50 Uhr das Budget mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Ebenso wurden die Anträge auf Überprüfung der Gebühren und tarifmäßigen Entgelte angenommen.

Morgen, Freitag wird Stadtrat Nekula (SPÖ) über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke referieren. In Erledigung der restlichen Tagesordnung wird der Wiener Gemeinderat auch noch über die neuen Tarife der Verkehrsbetriebe zu beschließen haben.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

diplomfeier im allgemeinen krankenhaus

5 wien, 16.12. (rk) seit donnerstag vormittag gibt es 70 neue medizinisch-technische assistenten. so zahlreich waren die absolventen der schule fuer den ~~medizinisch~~medizinisch-technischen laboratoriums-dienst im allgemeinen krankenhaus, die im rahmen einer feierstunde von vizebuengermeister hans b o c k ihr diplom ueberreicht erhielten. zweielf der assistenten bestanden die abschluss-pruefungen nach der zwei jahre und drei monate waehrenden ausbildungszeit mit auszeichnung, nur zwei muessen die pruefungen wiederholen.

rund die haelfte der schueler stammt aus anderen bundeslaendern, nur 14 von ihnen werden dorthin zurueckkehren. die restlichen fachkraefte, die in die schule erst nach absolvierter matura eini.eten konnten, nehmen in der bundeshauptstadt eine beschaeftigung an. 25 schueler haben sich fuer eine stelle in anstalten der stadt wien entschlossen. in seine heimat zurueck faehrt der einzige auslaender dieses ausbildungskurses, naemlich ein syrischer medizinisch-technischer assistent.

an der diplomfeier nahmen der leiter des anstaltenamtes, obersenatsrat dr. w i d m a y e r , stadtphysikus doktor w e i n f e l d vom gesundheitsamt, der direktor des akh, hofrat dr. r i t s c h l , das professorenkollegium und die angehorigen der schueler teil.

1104

preisguenstige gemuese- und obstsorten

8 wien, 16.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, weisskraut 3.50 schilling je kilogramm, grundsalat (ital.) 4 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen 8 bis 10 schilling, orangen (blond) 5 schilling je kilogramm.

1151

marktuebersicht:

karpfen etwas teurer

21 wien, 16.12. (rk) waehrend eine woche vor weihnachten gefluegel zu fast unveraenderten preisen auf den markt kommt, haben die karpfen - des wieners bevorzugte weihnachtsspeise - im preis etwas angezogen. sie notieren um 50 groschen je kilogramm teurer.

weitgehende stabile preise sind bei obst und gemuese festzustellen. italienische weintrauben sind etwas teurer geworden, spanische weintrauben etwas billiger. in den letzten tagen hat die anlieferung von rumaenischen paradeisern wieder eingesetzt, sie sind allerdings sehr teuer.

preisverbilligungen sind im uebrigen noch von italienischen blondorangen zu melden.

1556

rindernachmarkt vom 16. dezember

22 wien, 16.12. (rk) neuzufuehren inland: 0, neuzufuehren ausland: 12 stiere aus ungary, verkaufspreis 18.50.

schweinenachmarkt vom 16. dezember

23 wien, 16.12. (rk) neuzufuehren inland: 0, neuzufuehren ausland: 18 schweine aus der ddr, verkaufspreis 15.50.

pferdenachmarkt vom 16. dezember

24 wien, 16.12. (rk) kein auftrieb.

1607

stadtrat pfoch praesentierete:

neue hermannsauna im 7. bezirk

11 wien, 16.12. (rk) donnerstag praesentierete hochbaustadtrat hubert p f o c h der presse im rahmen einer ersten besichtigung die neue hermannsauna im 7. bezirk. sie wird freitag um 9 uhr den betrieb aufnehmen. damit wurde ihm rahmen des baederkonzeptes erstmals ein traditionelles 'troepferlbad' durch einbau einer sauna den geaenderten badebeduerfnissen der bevölkerung angepasst und ein modernes erholungszentrum in einem dichtverbauten innenbezirk geschaffen. vom neubau ging bekanntlich schon einmal eine bereits historische initiative im baederbau aus: in der mondschein-gasse 9 oeffnete 1887 als voellig neuer und vielfach nachgeahmter typ das erste volksbrausebad europas seine pforten.

die neue hermannsauna wurde mit einem kostenaufwand von 853.000 schilling im parterre des seit 1910 existierenden hermannbades eingerichtet. es stehen auf einer nutzflaeche von 200 quadratmeter fuer die besucher ein warteraum, ein umkleideraum mit 48 kaestchen, ein brauseraum, ein saunaraum, ein kaltwasserraum, ein frischluftraum mit angeschlossenem frischlufthof, ein massageraum und ein ruheraum zur verfuegung. es herrscht wechselbetrieb mit je einem abendbetriebstag fuer damen (donnerstag) und herren (freitag). die preise: 18 schilling fuer ein saunabad (2 stunden), 81 schilling fuer den fueferblock.

im naechsten jahr wird im bisherigen kassaraum ein buffet eingerichtet, die kassa wird neugestaltet. die neue sauna wurde anstelle eines maenner-brausebades, das in verkleinertem umfang in den ersten stock verlegt wurde, eingerichtet. im gleichen haus stehen den badegaesten wannen- und brausebaeder, die mit einer neuen, oelbefeuereten kesselanlage beheizt werden, zur verfuegung.

wandlung der badebeduerfnisse

eine bilanz des hermannbades zeigt die wandlung der badebeduerfnisse: waehrend 1951 die wannen- und brausebaeder noch von 286.355 besuchern genuetzt wurden, sank die frequenz bis 1970 auf 93.778 badegaeste. dieser rueckgang laesst sich zweifellos mit dem

steigenden sanitaeren komfort der wohnungen erklæaren. demgegenueber ist die tendenz in den dampf- und saunabaedern - fuenf saunaabteilungen wurden bisher in staedtischen baedern eingerichtet staendig im steigen. waehrend 1960 der anteil der reinigungsbaeder an der gesamten warmbadfrequenz noch 82 prozent, jener der schwimmbhallen 8,5 prozent und der dampf- und saunabaeder 9,5 prozent betrug hat 1970 der anteil der dampf- und saunabaeder bereits 16,5 prozent erreicht (reinigungsbaeder 55,5 prozent, schwimmbhallen 28 prozent). im jahr 1970 zaehlte man allein 627.000 besucher - und zwar auffallend viel juengere jahrgaenge - in den staedtischen dampf- und saunabaedern.

mondscheingasse 9

unweit der neuen hermannsauna stand in der mondscheingasse 9 jenes legendaere erste volksbad, dass dann 1910 durch das hermannbad abgeloeset wurde. der wiener gemeinderat hatte am 9. november 1886 den grundsætzlichen beschluss gefasst, volksbaeder zu errichten. am 22. dezember 1887 - also vor fast genau 84 jahren - wurde dann das erste volksbad im hintertrakt des ehemaligen 'grundarmenhaus' eroeffnet. es war mit getrennten brause- und umkleideraerumen fuer 42 maenner und 24 frauen eine absolute novitaet fuer die damalige zeit. ein bad (badezeit 20 minuten, 40 liter wasser pro person) kostete 5 kreuzer. die erwaermung des wassers geschah durch sogenannte 'heizwasserschlangen'. das volksbad in der mondscheingasse hatte am 22. mai 1910 das letzte mal offen, am 25. mai nahm bereits das hermannbad den betrieb auf.

keine 'erste schwalbe'

in der diskussion sprach stadtrat p f o c h die hoffnung aus, dass die neue hermannsauna keine 'erste schwalbe' sein moege. man werde sich hier ganz nach den badebeduerfnissen der bevoelkerung und nach den moeglichkeiten in den einzelnen bezirken richten. das ottakringer bad z.b. zeige mit einem durchschnittlichen monatsbesuch von 15.000 badegaesten - davon 5.000 in der sauna - eine besonders gute auslastung. die heutige frequenz des bades betrage nach einer modernisierung das dreifache des durchschnittlichen monatsbesuches in den letzten zehn jahren.

auf die bereits in der budgetdebatte zur sprache gekommene baederpreisregulierung angesprochen, erklæarte der stadtrat, dass

die voraussichtlich ab 1. februar 1972 erfolgende tariferhoehung durchschnittlich 30 prozent nicht ueberschreiten werde. stadtrat pfoch verwies darauf, dass im ablaufenden budgetjahr bei der baederverwaltung 100 millionen schilling ausgaben nur 34,5 millionen schilling an einnahmen gegenueberstehen. im interesse der volks-gesundheit sei es freilich nicht moeglich, eine voellige beseitigung des betriebsabganges anzustreben, ein etwas groesserer teil der betriebskosten sollte jedoch hereingebracht werden.

an der ersten besichtigung der neuen hermannsauna nahmen auch bezirksvorsteher l i m a n o v s k y , bezirksvorsteher-stellvertreter w a n a , als bezirksmandatar gr. b r o s c h und bezirksamtsleiter senatsrat dr. r i e t e n a u e r teil. die baederverwaltung war durch deren leiter senatsrat dipl.-ing. w u c z k o w s k i und oberstadtbaurat dipl.-ing. l a u s c h a vertreten.